

Gewinn vor Gemeinwohl

Erstmals haben Ökonomen den Staat wie ein Unternehmen betrachtet und eine Bilanz der „Deutschland AG“ erstellt. Ergebnis: Das Land ist konkursreif.

Jeder vernünftige Anleger würde die Finger lassen von einer solch maroden Firma. Sie gibt ständig mehr Geld aus, als sie einnimmt. Sie hat keine Ahnung, mit welchem ihrer zahllosen Produkte sie Gewinne erwirtschaftet. Sie war Ende des Geschäftsjahres 1998 mit 2375 Milliarden Mark maßlos überschuldet. Kurz: Die Firma ist so gut wie pleite – wenn sie denn eine echte Firma wäre.

„Ein privates Unternehmen in der gleichen Situation müsste ein Konkursverfahren beantragen“, heißt es knapp und vernichtend in dem Bericht, den Peer Ederer und Philipp Schuller diese Woche – passend zum Beginn der Haushaltsdebatte – vorlegen*.

Ederer, ein Unternehmensberater, und Schuller, Vorstandsassistent bei der Deutschen Bank, beide 33, wagten gemeinsam mit der Universität Witten-Herdecke einen erstaunlichen Versuch: Sie taten so, als sei der Staat ein Unternehmen, zerlegten ihn in acht Geschäftsfelder und erstellten – so gut es ging – eine Bilanz, die Vermögen und Kapital, Gewinne und Verluste ausweist.

„Wir wollten einmal eine ganz neue Perspektive aufzeigen“, erklärt der Banker Schuller den Ansatz, „weil zu oft in Schablonen diskutiert wird.“ Was dabei herauskam, ist nicht unbedingt politisch korrekt, ökonomisch aber aufschlussreich. Warum eigentlich, fragen die Autoren zum Beispiel, finanziert der Staat das Studium, obwohl den Studenten später weit mehr Ertrag aus ihrer Ausbildung in Form von Einkommen zufließt als dem Staat an Steuern? Diese Subventionspraxis sei „fragwürdig“, monieren die Autoren.

Echte Studiengebühren müssten also her, ihre Höhe sollte sich nach den Erträgen richten, die mit dem jeweiligen Fach zu erzielen sind. Der Jurist zahlt

weit weniger als der Mediziner, dessen Studium lang und teuer ist. Und für ein Fach wie Germanistik, das sich weder für den Staat noch für den Studenten rechnet, müssten die Gebühren sogar abschreckend hoch sein.



Ederer, Schuller

Solche Ideen werden nicht nur Philologen schockieren. Ein Unternehmen Deutschland, das Gewinn vor Gemeinwohl stellt – ist das wünschenswert? „Die betriebswirtschaftliche Sicht funktioniert nur bis zu einem bestimmten Grad“, räumt der Berater Ederer ein, „aber der Staat ist eben auch Wirtschaftsakteur.“

Und so untersuchen die Autoren Geschäftsfeld für Geschäftsfeld der „Deutschland AG“. Sie dokumentieren die Schiefelage eines Unternehmens, das im Grunde ein Sanierungsfall ist.

Allein schon seine Struktur mit Filialen in 16 Ländern, 439 Kreisen und Städten sowie 14 561 Gemeinden sei ineffizient, ihre Größe und Finanzkraft zu unterschiedlich. Undurchsichtige Quersubventionen verhinderten, die Filialen wie Profit-Center zu betreiben.

Die „größte Fehlleistung des Managements“ stellt das Duo im größten Sektor fest – der sozialen Sicherung. Jahrzehntlang hätten die Vorstände der Deutschland AG die Produktpalette von der Frührente bis zur Pflegeversicherung ausgeweitet, ohne darauf zu achten, ob sie zu finanzieren ist.

Ist sie nicht, rechnen Ederer und Schuller vor: In einen 23-Jährigen hat die Deutschland AG 280 000 Mark investiert. Diesen Vorschuss hat er mit Steuern und Abgaben zurückgezahlt, wenn er 35 ist. Bis 55 erwirtschaftet er ein Guthaben von 540 000 Mark, als Rentner zehrt er es wieder auf. Mit 72 ist das Konto aufgebraucht, von da an legt der Staat nur drauf (siehe Grafik).

Die Finanzierungslücke, die durch solche Ansprüche entsteht, summiert sich allein 1999 auf 380 Milliarden Mark. Ein Betrieb müsste dafür Rückstellungen bilden, die Deutschland AG aber „lebt vom Hand in den Mund“.

Lediglich im Sektor „Infrastruktur“ machen die Autoren ein „finanziell äußerst attraktives Produkt“ aus, der Straßenverkehr sei die „Cash-Cow“ der Deutschland AG. Dort gibt sie 32 Milliarden Mark aus und nimmt mit 119 Milliarden aus Mineralöl-, Kfz- und Mehrwertsteuer fast viermal so viel ein.

Nicht nur hier hinkt freilich die Analogie zur Unternehmensbilanz. Die Gegenrechnung ist streng genommen nicht zulässig, da der Staat Steuern nicht zweckgebunden erheben darf. Auch anderswo zeigen sich Grenzen der Vergleichbarkeit: Die Autoren betrachten die rund 75 Millionen Staatsbürger als Aktionäre der Deutschland AG – auch wenn diesen die Freiheit fehlt, das Papier zu verkaufen und etwa in die „USA Inc.“ zu investieren.

Dennoch fiel es ihnen leicht, Mitstreiter für die Idee zu begeistern. Wirtschaftsminister Werner Müller, gleichsam Vorstandsmitglied der Deutschland AG, mahnt im „Brief an die Aktionäre“, dass „die Anspruchshaltung gegenüber dem Staat an die Grenzen der Leistungsfähigkeit“ geführt habe. Und die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG hat die Bilanz geprüft.

Auch Werner Seifert, Chef der Deutschen Börse, hat mitgespielt. Aufs Parkett würde er die Deutschland AG nicht bringen wollen: „Dafür müsste ihr Management noch einige Anstrengungen unternehmen.“

ALEXANDER JUNG

* Peer Ederer, Philipp Schuller: „Geschäftsbericht Deutschland AG“. Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart; 264 Seiten; 49,80 Mark.

